

8.000 Milliarden ÖS

Privatvermögen in Österreich

LESEHEFT



ARMUT!
Es ist genug für alle da

GERECHTE UMVERTEILUNG UNSERES REICHTUMS!

Armut in Österreich

Ein Mensch wird dann als arm bezeichnet, wenn ihm **weniger als ÖS 10.000,-- / € 726,73** (das sind 60% des Medianeinkommens lt. Sozialbericht 1999 der Österr. Bundesregierung) monatlich zur Verfügung stehen und außerdem zumindest einer der folgenden Mängel zutrifft:

- ❖ schlechte Wohnverhältnisse (Substandard, bzw. beengte Wohnverhältnisse)
- ❖ Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten und Krediten
- ❖ finanziell bedingte Einschränkungen beim Beheizen der Wohnung, bei der Anschaffung von Kleidern und im Ernährungsbereich
- ❖ wenn es finanziell nicht möglich ist, zumindest einmal im Monat nach Hause zum Essen einzuladen.

11 Prozent der Bevölkerung Österreichs ist armutsgefährdet!

340.000 Menschen in Österreich sind akut von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen! Die größte Armutsgefahr besteht für Langzeitarbeitslose, MigrantInnen, kinderreiche Familien, Alleinerzieherinnen, ...



→ **Wir fordern daher** eine "Bedarfsorientierte Mindestsicherung" in der Höhe von ÖS 8.437,-- / € 613,14 (= Ausgleichszulagenrichtsatz für PensionistInnen) für alle BezieherInnen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe unter zusätzlicher Berücksichtigung des regional unterschiedlichen Wohnungsaufwandes und unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

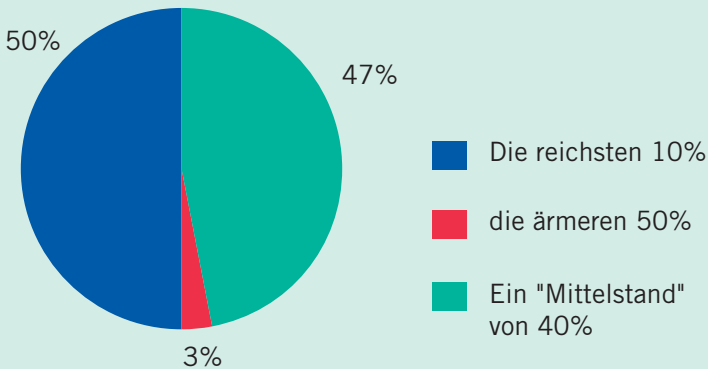
Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt

Das Privatvermögen aller ÖsterreicherInnen beträgt insgesamt **ÖS 8.000 Milliarden / € 581,38 Milliarden**.

- ❖ Davon besitzen die reichsten 10 % rund die Hälfte
- ❖ und die ärmeren 50 % der Bevölkerung bescheidene 2-3 %.
- ❖ Bleibt ein "Mittelstand" von 40%, die über 47% des Gesamtvermögens verfügen.

Parallel zum steigenden Wohlstand nimmt die Armut in unserem Land zu. Armut und soziale Ausgrenzung sind die Schattenseiten unserer Konsumgesellschaft. Reichtum hat Armut zur Voraussetzung. Das eine ist ohne das andere unmöglich (nach Univ. Prof. Dr Weidenholzer).

Vermögensaufteilung der österreichischen Bevölkerung



Einige sind superreich. Die Bank Austria schätzt, dass 350 Österreicher jeweils über mehr als ÖS 150 Millionen / € 10,9 Millionen verfügen. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass es in Österreich bereits 28.000 Euromillionäre (rund 14 Millionen Schilling) gibt. Friedrich Karl Flick gilt laut einem Bericht im "trend" vom 4.7.01 als wohlhabendste Einzelperson in Österreich mit einem **geschätzten Vermögen von 74 Milliarden Schilling / € 5,38 Milliarden**.

→ **Wir fordern daher** eine gerechte Umverteilung unseres Reichtums !

Immer mehr Menschen werden arm

Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet auch heute noch eine akute Gefahr arm zu werden. Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist in den letzten Jahren enorm gestiegen: Im Durchschnitt verliert heute jedeR ArbeiterIn alle 1¼ Jahre seinen/ihren Arbeitsplatz! Die Hälfte aller BezieherInnen von Arbeitslosengeld bekommen eine Unterstützung von weniger als ÖS 9.200 / € 668,59. Die mittlere Notstandshilfe liegt gar nur bei ÖS 7.300,- / € 530,51 (Quelle: AKOÖ).

Eine kaputte Waschmaschine wird da schnell zur Katastrophe. Österreichweit erhält jedeR achte beim AMS gemeldete Arbeitslose keine Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung! Gleichzeitig fallen immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Armut trotz Arbeit wird zu einem immer größeren Problem. Die Hälfte aller öö. Arbeiterinnen und rund ein Drittel aller weiblichen Angestellten verdient weniger als ÖS 12.500 / € 908,41 brutto monatlich. Bei jeder siebten Alleinerzieherin reicht das Einkommen nach eigenen Angaben nicht aus zum Leben, für 56% reicht es gerade! (Quelle: AKOÖ, Arbeitsklimaindex).

Die Zahl der SozialhilfebezieherInnen und die an sie ausbezahlten Geldbeträge sind seit einem Jahrzehnt rückläufig. Zugleich hat sich die Anzahl der armen bzw. armutsgefährdeten Personen entscheidend erhöht. Die Zahl derer, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, liegt beim 2 – 7-fachen der tatsächlichen BezieherInnen. Zur Klärung, um welche Beträge es bei den angeblichen Sozialschmarotzern geht: Der monatliche durchschnittliche Netto-Pro-Kopf Aufwand für SozialhilfeempfängerInnen erreicht in Österreich nur ÖS 3.200,-- / € 232,55.

Wir fordern daher

- eine Mindestlohn in der Höhe von ÖS 15.000,-- / € 1.090,09 brutto und
- eine "Bedarfsorientierte Mindestsicherung" in der Höhe von ÖS 8.437,-- / € 613,14.

Spitzenverdiener in Österreich

Die Österreichischen Spitzenverdiener sitzen im Sport, in der Kunst und in der Privatwirtschaft. Die meisten Einkommen von Privatunternehmern bleiben geheim. Aus den Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften lässt sich der Gesamtbezug (brutto) des angestellten Vorstandes ermitteln. Als Bestverdiener Österreichs gilt Magna-Chef Wolf mit geschätzten **50 Millionen Schilling / € 3,6 Millionen jährlich** (Quelle: OÖ-Nachrichten vom 23.8.2001).

Das **mittlere Jahres-Bruttoeinkommen** (Medianeinkommen) der ArbeitnehmerInnen in Österreich betrug im Jahr 2000 **ÖS 299.244,-- / € 21.746,91** (Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger). Magna-Chef Wolf bekommt diesen Betrag bereits für $1\frac{1}{2}$ Arbeitstage (52 Wochen x 5 Arbeitstage = 260 Arbeitstage jährlich. 50 Mio. ÖS dividiert durch 260 = ÖS 192.307,69 / € 13.975,55 täglich.) Kann eine Person 167 mal soviel leisten bzw. Verantwortung tragen wie ein/e ArbeitnehmerIn?

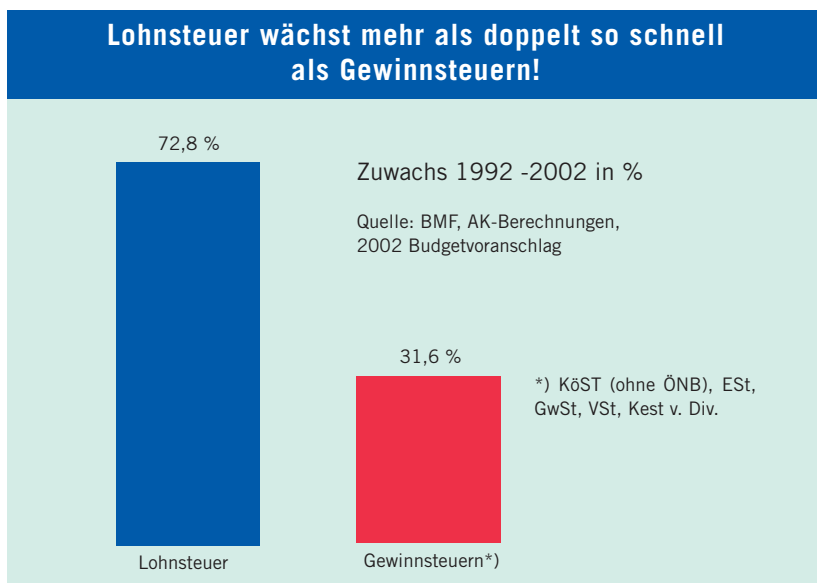


- **Wir fordern daher** die Erhöhung des Spitzensteuersatzes um zumindest 5% sowie die Einführung einer "Solidaritätsabgabe für Spitzenverdiener" ab etwa ÖS 100.000 / € 7.267,28 mtl. Einkommen.

Anteil der ArbeitnehmerInnen zur Finanzierung des Gemeinwesens steigt überdurchschnittlich

ArbeitnehmerInnen tragen u.a. durch die Lohnsteuer in immer größerem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.

- ❖ Die Lohnsteuer wächst wesentlich stärker als die Löhne und Gehälter insgesamt.
- ❖ Die Lohnsteuer wächst auch deutlich stärker als die Gewinnsteuern.



Den einzelnen ArbeitnehmerInnen bleibt österreichweit 2001 unterm Strich um **0,8% weniger von ihrem Einkommen** als im Vorjahr.

Die Ursachen dafür liegen in den

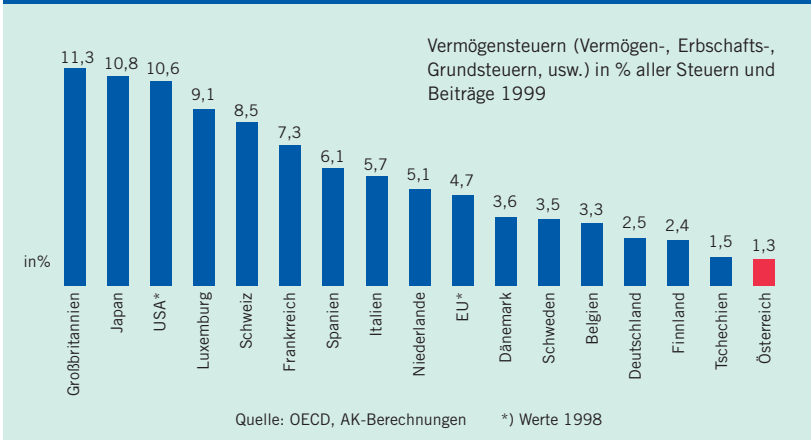
- ❖ relativ hohen Preissteigerungen und den
- ❖ massiven Belastungen durch Abgaben und Steuern, die den ArbeitnehmerInnen für das Nulldefizit abverlangt werden.

→ **Wir fordern daher** die steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.

Österreich ist eine Steueroase für Gewinne und Vermögen

Österreich ist (nach Abschaffung der "Vermögenssteuer" 1993) im internationalen OECD-Vergleich mit 1,3 % (Anteil an allen Abgaben) nicht nur Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen, auch die Summe der Vermögenssteuern (Erbchaftssteuer, Grundsteuer, Vermögenssteuer usw.) bleibt seit 1994 weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Österreich: Schlusslicht bei der Vermögensbesteuerung



Wären in Österreich die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen so hoch wie im EU-Durchschnitt, hätten wir seit 1997 Budgetüberschüsse.

In Österreich bleibt einem Unternehmer praktisch doppelt so viel von seinem Gewinn wie in Deutschland. Die Steuerlast ist insgesamt um gut die Hälfte geringer. (Quelle: Werbetext der Austrian Business Agency im deutschen "Wirtschaftsspiegel" 7-8/97).

→ **Wegen dieser Ungerechtigkeit fordern wir** eine höhere Besteuerung der Gewinne und größeren Vermögen (z.B. Wiedereinführung der "Vermögenssteuer"), die Besteuerung der Spekulationsgewinne und Finanztransaktionen ("Tobin-Tax") sowie Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung.

Der hohe Beitrag der Armen zum Nulldefizit

Die Maßnahmen der Regierung treffen gezielt die Schwachen - solche, die sich nicht wehren können, und sie treffen die, die arm sind. **Statt Armut zu bekämpfen werden die Armen bekämpft.** ArbeitnehmerInnen, Kranke und PensionistInnen tragen wesentlich mehr zum "Nulldefizit" bei als Unternehmen. Laut einer Berechnung der AK OÖ steigt dieser Beitrag von ÖS 34,4 Milliarden / € 2,5 im Jahr 2001 auf ÖS 43,3 Milliarden / € 3,15 Mrd. im Jahr 2003 (inkl. "Karenzgeld für alle").

Unternehmen werden 2001 bloß mit ÖS 8,3 Milliarden / € 603,2 Millionen belastet und 2003 sogar mit ÖS 3,7 Milliarden / € 268,9 Millionen entlastet.

Erhöhung der Massensteuern und Gebühren **treffen überdurchschnittlich hart BezieherInnen niedriger Einkommen!**

- ❖ Drastische Steuererhöhung auf KFZ, Energie, sowie auf Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen, Gehaltsnachzahlungen aus Vorjahren, Zahlungen aus Insolvenz-Ausgleichsfonds,.....
- ❖ Verteuerung Führerschein- u. Reisepass,...
- ❖ Verteuerung Autobahn-Vignette
- ❖ Arbeitslosengeld und Notstandshilfe werden noch weiter gesenkt
- ❖ Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzgeld
- ❖ drastische Senkung der Notstandshilfe bei den unteren Einkommen
- ❖ noch mehr ArbeitnehmerInnen fallen ganz aus dem ALG-Bezug heraus
- ❖ Streichung des Weiterbildungsgeldes nach einer Elternkarenz....

Wir fordern daher eine gerechte Verteilung der Lasten durch

- eine steuerliche Entlastung der sozial Schwächeren und
- eine stärkere Belastung der Spitzenverdiener und Vermögenden.

Reiche leben länger ...

Der Unterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung von Personen mit Pflichtschulabschluss und Personen mit Hochschulabschluss beträgt rund 5 Jahre.

- ❖ Reiche sind seltener krank und leben länger
- ❖ Reiche haben mehr Einfluss, sie haben eine Lobby
- ❖ Reiche kaufen billiger ein und bekommen mehr "Prozente"
- ❖ Reiche zahlen weniger Zinsen und kommen besser zu ihrem Recht
- ❖ Reiche werden geachtet und nicht als Schmarotzer beschuldigt
- ❖ Reiche besitzen den Großteil der ÖS 8.000 Milliarden Privatvermögen in Österreich (€ 581,38 Milliarden).

→ Was tun die Entscheidungsträger unseres Landes, damit bislang Benachteiligte davon nicht nur träumen müssen?

Die gewinnstärksten Unternehmen Österreichs haben im Zeitraum von 1999 bis 2000 Gewinnsteigerungen von bis zu 150,67 % (RHI AG mit einem Gewinn von ÖS 1,807 Milliarden / € 131,3 Milliarden) erzielt. Betragsmäßig an erster Stelle steht die OMV AG mit einem Gewinn von ÖS 6,233 Milliarden / € 452,9 Milliarden, was einer prozentuellen Gewinnsteigerung von 62,95 % entspricht.

Zu den Unternehmen, die Gewinne in Milliardenhöhe erzielt haben, zählen darüber hinaus die Siemens Gruppe Ö., Wienerberger AG, Frantschach AG, Austria Tabak AG, VA Stahl AG, Porsche Holding, EVN AG, Magna Europa und die Flughafen Wien AG.

Verteilung der Belastungen (in Mrd. Schilling)

	2001	2002	2003
Arbeitnehmer, Kranke und Pensionisten	34,4	39,2	43,3
Unternehmen	8,3	6,6	-3,7

(Inkl. Karenzgeld für alle) Quelle: AK OÖ

Die Armut ist weiblich

Der Großteil der unbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Frauen verdienen für ihre bezahlte Arbeit wesentlich weniger als Männer. Armut trotz Arbeit ist bei ihnen verstärkt anzutreffen. Zu jenen Frauen, die am stärksten von Armut und Armutsgefährdung betroffen sind, zählen Alleinerziehende.

Durch die fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere durch den Mangel an außerhäuslichen leistbaren Kinderbetreuungsangeboten mit passenden Öffnungszeiten und Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, sehen sich viele Frauen noch immer gezwungen, Berufstätigkeit zwischenzeitlich aufzugeben – etwa ein Drittel schafft den Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht mehr.

Lückenhafte Erwerbslaufbahnen führen zusammen mit der Tatsache, dass Frauen generell rund ein Drittel weniger verdienen als Männer, dazu, dass sie bei allen von der Erwerbstätigkeit abgeleiteten Leistungen deutlich unterversorgt sind und auf Unterstützung durch Partner/von Partnern abgeleiteten Ansprüchen angewiesen sind:

Durchschnittliches Arbeitslosengeld von Frauen:

ÖS 7.650,- / € 555,95 (Männer: ÖS 10.380,- / € 754,34)

Durchschnittliche Eigenpension von Frauen:

ÖS 9.328,- / € 677,89 (Männer: ÖS 19.052,- / € 1.384,56)

40% aller Frauen haben im Alter keinen eigenen Pensionsanspruch, davon haben 160.000 Frauen überhaupt keine Pension!

Daher fordern wir

- die Aufhebung der frauendiskriminierenden Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe - Frauen verlieren dadurch nicht "nur" die Unterstützung des AMS, sondern auch wichtige Pensionszeiten!
- den Ausbau der außerhäuslichen Kinder- und Schülerbetreuung zu leistbaren Preisen und mit flexiblen Öffnungszeiten
- den Ausbau der eigenständigen Alterssicherung von Frauen.

Privatstiftungsrecht bevorzugt Multimillionäre in besonderer Weise

In 2.000 Privatstiftungen konzentriert sich ein Vermögen von insgesamt ca. 500 Milliarden Schilling / € 36,3 Milliarden. Würde man diese Stiftungen wie "kleine Sparer" behandeln und ihre Erträge mit 25 % KEST belasten, so ergäbe dies jährlich ca. 10 Milliarden ÖS / € 726,7 Millionen Steuererträge. Aufgrund dieser Ausweichmöglichkeit für Vermögen und hohe Einkommen wird die Gerechtigkeit unseres Steuersystems in Frage gestellt.

ÖSTERREICHS SUPERREICHE

F. Karl Flick	ÖS 74 Milliarden / € 5,38 Milliarden
Piech- & Porsche-Clan	ÖS 70 Milliarden / € 5,09 Milliarden
Heidi Horten-Charmat	ÖS 32 Milliarden / € 2,33 Milliarden
Karl Wlaschek	ÖS 20 Milliarden / € 1,45 Milliarden
Franz Mayr-Melnhof	ÖS 20 Milliarden / € 1,45 Milliarden
Melinda Esterházy	ÖS 15 Milliarden / € 1,09 Milliarden
Dr. Manfred Herzl	ÖS 15 Milliarden / € 1,09 Milliarden
Gernot Langes-Swarovski	ÖS 14 Milliarden / € 1,01 Milliarden
Emil A. Kahane	ÖS 12 Milliarden / € 872,07 Millionen
Frank Stronach	ÖS 12 Milliarden / € 872,07 Millionen

Quelle: "trend" vom 4.7.2001

Insgesamt gibt es laut "trend" in Österreich ca. 130 Personen mit einem Vermögen von mindestens ÖS 1 Milliarde / € 72,67 Millionen.

→ **Wir fordern daher** die Abschaffung der Steuerprivilegien für Privatstiftungen.

Arme zahlen doppelt drauf

Die wachsende Ungerechtigkeit in der Verteilung unseres Sozialproduktes lässt nicht nur Reiche reicher werden, sondern produziert auch immer mehr Arme, die auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen sind.

Doch anstatt Sozialleistungen an die neuen Risiken der Armut anzupassen, auf ein existenzsicherndes Niveau zu heben und die Finanzierbarkeit zu sichern, werden Leistungen noch gekürzt, Bedürftige verstärkt zur Kasse gebeten und soziale Absicherung privatisiert:

- ❖ zunehmende Verlagerung auf private Pensionsvorsorge („Eigenvorsorge“) bei gleichzeitiger Kürzung der staatlichen Pension
- ❖ Unfallrentenbesteuerung
- ❖ Drastische Senkung der Notstandshilfe bei vorausgegangenen niedrigen Einkommen
- ❖ Kürzung der Familienzuschläge zu Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzgeld
- ❖ Einführung der Ambulanzgebühr
- ❖ Verteuerung von Rezeptgebühr und Krankenhausaufenthalt
- ❖ Darüber hinaus drohen generelle Selbstbehalte beim Arztbesuch
- ❖ Einführung Teilkrankenstand

Wir fordern daher

- die Aufrechterhaltung der sozialen Krankenversicherung ohne Selbstbehalte
- die Rücknahme der Belastungen, die besonders untere Einkommensgruppen und Arme treffen
- die Verankerung d. Prinzips der Sozialstaatlichkeit in der österreichischen Verfassung (Volksbegehren)
- die gerechte Umverteilung unseres Reichtums.

Die ArbeitnehmerInnen erhalten immer weniger vom wachsenden Kuchen

Die Lohnquote (das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) ist seit 1988 von 75,34% auf 69,60% im Jahr 1999 zurückgegangen.

Während die Gesamtwirtschaft Österreichs zwischen 1993 und 2000 insgesamt um 31,42 Prozent gewachsen ist, sind die Löhne und Gehälter zusammen nur um 23,85 Prozent gestiegen. Da die Sozialbeiträge der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Unfallversicherung derzeit allein von den Löhnen und Gehältern berechnet werden, kommt der Sozialstaat "automatisch" unter Finanzierungsdruck.

Wären die Einnahmen aber beispielsweise in der sozialen Krankenversicherung genauso gewachsen wie die Gesamtwirtschaft, so hätten die Krankenkassen überhaupt kein Defizit und die Pensionen wären auch ohne Leistungskürzungen gesichert.



→ **Wir fordern daher** die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe. Die Sozialbeiträge der Unternehmer sollen nicht von der Lohnsumme berechnet werden, sondern von der gesamten Wertschöpfung!

Armut ...

- ❖ Armut ist ein Mangel an Verwirklichungschancen eines Menschen, ein Verlust an substantiellen Freiheiten: doppelt so oft krank zu sein wie Nichtarme, weniger Freunde und soziale Netze zur Verfügung zu haben, in feuchten Substandardwohnungen zu leben, nicht in der Lage zu sein, einmal im Monat Gäste zu sich nach Hause einzuladen, den Kindern nur stark eingeschränkte Zukunftschancen bieten zu können.
- ❖ Armut ist verweigerter Teilhabe, kein Privatschicksal.
- ❖ Arm ist, wer nicht mehr weiß, womit er Miete, Gas- und Stromrechnung bezahlen soll und unter enormem seelischem Druck lebt. Die psychischen Belastungen schlagen sich auf die Gesundheit. Kinder leiden unter Wachstums- und Entwicklungsstörungen und haben mit psychosomatischen Krankheiten zu kämpfen.
- ❖ Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von einer Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. (Rat der EU 1984)
- ❖ Armut hat heute zweifellos ein anderes Gesicht wie noch vor 50 Jahren. Armut ist nur in Einzelfällen mit absoluter Verelendung, mit Verhungern oder Obdachlosigkeit gleichzusetzen. Wir sind aber noch weit davon entfernt, dass allen Menschen ein akzeptabler Mindeststandard an Teilhabechancen in den elementaren Lebensbereichen gewährleistet wird.

→ **Es geht uns nicht bloß** um Strategien gegen Einkommensarmut, sondern um Strategien zugunsten voller Teilhabe an den Ressourcen, Gütern und Rechten unserer Gesellschaft.

Reichtum ...

- ❖ "Arm ist, wer nicht genug von dem hat, was er braucht. In Wohlstand lebt, wer etwas mehr hat, als er braucht. Und reich ist, wer mehr hat, als er braucht und bei dem dieses Mehr immer mehr wird." (Teilnehmerin an der ersten Reichtumskonferenz).
 - ❖ "Reich ist, wer ohne zu arbeiten von den realen Nettoerträgen (Zinsen, Dividenden,...) seines Vermögens gut leben kann" (Erste Österr. Armutskonferenz 1995).
 - ❖ "Reich ist, wer genug zum Leben hat, anerkannt ist, geliebt wird, glücklich, gesund und zufrieden ist und nicht jeden Schilling zweimal umdrehen muss" (Teilnehmer an einem KAB-Studientag 1998).
- **Welcher dieser Aussagen stimmen Sie zu?**
- **Wer ist Ihrer Meinung nach reich?**

**"Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm,
wärst du nicht reich."
(Bert Brecht)**

Quellen und Literaturhinweise:

"Reichtum in Österreich". Schenk, Brandstätter, Summer, Wien 1998

"Einbinden statt Ausgrenzen, Neue Strategien gegen die Armut", Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe, Wien 1999

"Und raus bist Du ...!", Dokumentation der Vierten Österreichischen Armutskonferenz, Wien 2000

"Einbinden statt Ausgrenzen – neue Strategien gegen die Armut in Oberösterreich", Linz 2000

"Reformdialog für das untere soziale Netz. Wer von Treffsicherheit spricht, darf zur Armutsbekämpfung nicht schweigen", Wien 2000

WISO Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift, Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung; Arbeiterkammer, Linz 2000

"Grundsicherung im erwerbsfähigen Alter", Agnes Streissler, Arbeiterkammer, Wien 2000

"Mythos Nulldefizit, Alternativen zum Sparkurs" BEIGEWUM, Wien 2000

"Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich" Farny, Gall, Predl, Arbeiterkammer; Wien 1997

"Die Lage der ArbeitnehmerInnen", Arbeiterkammer, Wien 2000

Besonders danken wir für die fachliche Beratung durch die Sozialpolitische Abteilung der AK OÖ, Abteilungen Sozial- und Wirtschaftspolitik (Elisabeth Buchinger und Franz Gall).



Nähere Informationen auch unter www.armutskonferenz.at

Folgende Organisationen haben durch ihren finanziellen Beitrag dieses Leseheft ermöglicht: Arbeiterkammer und ÖGB OÖ; Bischöfliche Arbeitslosenstiftung; Caritas der Diözese Linz; Exit-Sozial, Verein für psychosoziale Dienste; Gliederungen der Kath. Aktion der Diözese Linz, Sozialabteilung der OÖ Landesregierung; Sozialressort der Stadt Linz; Schuldnerberatung OÖ; Alternative und Grüne Gewerkschafter OÖ; Volkshilfe OÖ;

Impressum: "OÖ. Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung" per Adresse: Plattform der OÖ. Sozialprojekte, Weingartshofstraße 38, 4020 Linz. Für Inhalt und Zusammenstellung verantwortlich: Josef Kiesenhofer, Hannelore Kleiß, Hans Riedler; Karikatur: Michael Pammesberger; Gestaltung: Walter Hartl; Druck: Denkmayr Linz September 2001